

und statt dessen der Allgemeinheit zukommen zu lassen, erfordert natürlich eine drastische Änderung des Geld- und Bodenrechts und des verfassungsmäßigen Eigentumsrechts überhaupt. Ein neues Eigentumsrecht wird sich also erst verwirklichen lassen, wenn mindestens zwei Drittel der Bevölkerung verstanden haben, welche Vorteile daraus für sie selbst und das Ganze erwachsen werden. Dieses Verständnis wird aber vermutlich demnächst rasch zunehmen, weil immer absurdere wirtschaftliche Phänomene erkennen lassen, dass die Leitideen der kapitalistischen Ordnung nicht durch die Krise hindurchzuführen, sondern in inneren Widersprüchen enden.

Dagegen sind die Alternativen im Grundsatz so einleuchtend und schon für den „gesunden Menschenverstand“ so offensichtlich lebens- und entwicklungsfähig, dass man bald bereit sein wird, die Verfassung zu ändern, um jene verfassungsmäßigen Zwänge zu beseitigen, die heute Natur und Menschen an die abwärts führende Spirale fesseln.

Immer mehr Leute aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen beginnen, nach den tieferen Gründen unseres Versagens vor den wichtigsten Problemen zu fragen.

Und bald wird die „Macht des Geldes“ nicht mehr ausreichen, um politische Wirkungen dieses Fragens zu verhindern.

Die detaillierte Diskussion der nötigen Änderungen im Geld- und Eigentumsrecht, die naturgemäß beute noch aus der so genannten Wirtschaftswissenschaft verbannt ist, hat längst begonnen. Eine wichtige Idee ist wahrscheinlich die eines „neutralen Geldes“, das sich nicht schon durchs „Haben“ vermehren kann, das aber durch eine in die Geldordnung eingebaute Umlaufsicherung umso besser seine eigentliche Aufgabe erfüllt, nämlich die Erleichterung des Austauschs von Waren und Dienstleistungen.

Die damit zusammenhängende

Diskussion über Zins und Zinseszins, die ja mindestens seit Moses dokumentiert ist, wurde im zwanzigsten Jahrhundert vor allem von den so genannten „Freiwirtschaftlern“ weitergeführt. Dabei war stets klar, dass Änderungen in der Geldordnung allein nicht ausreichen können, um die Aneignung fremder Lebensgrundlagen und die darin liegende „Fortsetzung der Sklaverei“ zu beschränken. So schlug einer der Väter der Freiwirtschaft, Silvio Gesell, bereits vor hundert Jahren vor, die reine Bodenrente zu kommunalisieren und allen Kindern des Landes zukommen zu lassen.

Ein Land, das zur Keimzelle solcher Entwicklungen werden möchte, müsste ja zunächst aus vielen Verträgen aussteigen. Das internationale Finanzkapital, WTO und Weltbank, amerikanische Regierung und europäische Kommission – sie alle würden selbstverständlich massiven Druck ausüben, falls in einem Land die Mehrheit auf solche Ideen käme. Selbst bei großen demokratischen Mehrheiten wäre damit „Strafmaßnahmen“ aller Art zu rechnen.

Eine wirkliche Abkoppelung vom globalen Wahn ist daher wohl erst vorstellbar, wenn dieser bereits so tief in Turbulenzen geführt hat, dass ohnehin fast alle nur noch mit sich selbst beschäftigt sind – weil klar ist, dass entlang den alten Prinzipien gar keine lebensfähige Lösung in globalem Einverständnis mehr zustande kommen kann.

Schwer vorstellbar, aber nicht unmöglich ist auch, dass gerade in Europa schon vor derartigen Krisensituationen die hier angedeutete „meta-ökonomische“ Diskussion so weit den Boden bereitet hat, dass die europäische Union gemeinsam zu einer anderen Wirtschaftsordnung umschwenken kann. Ihr Gewicht wäre dann wohl groß genug, um rasch die ganze Welt nachfolgen zu lassen. Es ist aber unsinnig, sich schon jetzt den Übergang im Detail

auszumalen. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, nach den lebensfähigen Ideen zu tasten, die „nach der Krise“ weiterführen können.

Deshalb ist es besonders wichtig, klarzumachen, dass das Ende des absurden Vermögenswachstums (dem ja großenteils nicht einmal wirkliche Wertschöpfung, sondern ein Zerstörungsprozess zugrunde liegt), die Einführung von Bürgergeld und Grundrente und die radikale Steuerreform nicht etwa „die Wirtschaft schädigen“ würden. Ganz im Gegenteil: Eine wirtschaftliche Blüte würde einsetzen, wenn die Fessel der Kapitalbedienung gesprengt wäre. Sogar das auf übliche Weise gemessene Sozialprodukt wüchse zunächst beträchtlich, weil wieder alle viel stärker am Wirtschaftsprozess teilnehmen könnten.

Was gibt es heute nicht für einen gewaltigen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen bei jenen, die sich fast nichts leisten können, weil sie arbeitslos sind oder einen so großen Teil ihres Einkommens ins Vermögenswachstum anderer stecken müssen. Man erinnere sich: Etwa drei Viertel der durchschnittlichen Miete entfallen bei uns auf Zinsen, dienen also dem Vermögenswachstum anderer. Auf längere Sicht freilich könnte und dürfte das Sozialprodukt nur langsam wachsen – weil ja wirkliche Wertschöpfung nur im Zeitmaßstab der Generationenfolge gelingen kann.

Auch die befreiende Kulturleistung wird selbstverständlich eine Folge von Selbstbeschränkung sein – wie jeder gelungene Schritt der Selbstorganisation im Schöpfungsprozess – wie immer, wenn eine attraktive Form gefunden wird.

Jammern wir also nicht länger über die kapitalistischen und neoliberalen Lehren. Lachen wir endlich darüber, und verlassen wir diese Ideen. Sie mögen ein unvermeidbares Stück des Weges durch die Kindheit der Menschengesellschaft gewesen sein. Sich aber im Erwachsenwerden weiterhin an solche Ideen zu klammern, das ist kindisch. ■